

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 222

23. November 1982

Hans-Jochen Vogel, Kanzlerkandidat der SPD, zur Frage "Das Ende der Weimarer Republik - Lehren für Bonn?": Strauß - ein homo profundus.

Seite 1

Hermann Scheer MdB fordert, daß die Bundesregierung in der UN-Vollversammlung für ein Verbot der Neutronenwaffe stimmt.

Seite 3

Heinz Rapp MdB begrüßt das Hirtenwort der US-Bischöfe: Die Herausforderung des Friedens.

Seite 4

Liesel Hartenstein MdB wendet sich gegen die CDU-Pläne, die Rechte der Bürger zu beschneiden: Der Staatsverdrossenheit wird Vor-schub geleistet.

Seite 6

Dagmar Luuk MdB sieht in der Wohnungspolitik und Verstärkung eine Herausforderung der Dritten Welt: Wohnen ohne Zukunft?

Seite 7

"Strauß - ein homo profundus"

Das Ende der Weimarer Republik - Lehren für Bonn?

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Kanzlerkandidat der SPD

Nach übereinstimmenden Meldungen hat Franz Josef Strauß am vergangenen Wochenende auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing über das Thema "Das Ende der Weimarer Republik - Lehren für Bonn?" unter mehrfacher Berufung auf seine "profunden Geschichtskennntnisse" unter anderem geäußert, die SPD habe am Sturz des Reichskanzlers Brüning mitgewirkt und sei somit am Scheitern der Weimarer Republik mitschuldig geworden; die SPD habe damals mit den antiparlamentarischen Parteien NSDAP und KPD gemeinsame Opposition betrieben.

An den profunden Kenntnissen des Herrn Strauß sind schon bei anderen Gelegenheiten und auf anderen Gebieten erhebliche Zweifel laut geworden. Die Tutzinger Äußerungen lassen nunmehr - um es in der mildesten Form auszudrücken - auch die Geschichtskennntnisse des Herrn Strauß als nicht sonderlich profund erscheinen. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, hier werde die Zeitgeschichte so zurechtgebogen, daß sie als Vehikel für aktuelle parteitaktische Zwecke taugt. Und auf diesem Gebiet wird niemand Herrn Strauß profunde Kenntnisse absprechen.

Herrn Strauß ist deshalb zunächst einmal die sorgfältige Lektüre dder Brüning'schen Memoiren oder des Standardwerkes von Karl Dietrich Bracher über die Auflösung der Weimarer Republik zu empfehlen.

Aufgrund einer solchen Lektüre würde deutlich werden, daß die Ausschaltung des parlamentarischen Systems nicht allein die Folge des Anwachsens der extremen Parteien, das heißt der NSDAP und KPD war, sondern eine Folge der Tatsache, daß



die hinter der bürgerlichen Rechten stehenden großagrarisches und industriellen Interessengruppen seit 1928 die Plattform des Parlaments zunehmend verließen und eine halbautoritäre Verfassungsumbildung anstrebten. Hauptmotiv war dafür die Zurückdrängung der SPD, der freien und der christlichen Gewerkschaften. Nur so glaubten diese Kreise, die Lohnkosten und Sozialleistungen massiv herabdrücken zu können.

Die Mitverantwortung maßgebender Wirtschaftskreise an der Zerschlagung der Republik durch das Bündnis von NSDAP und Rechtsparteien liegt nicht in einer direkten finanziellen und politischen Unterstützung Hitlers; die wurde erst in der Ära Schleicher bedeutsam. Sie liegt in der langfristig angestrebten Beseitigung der sozialstaatlichen Errungenschaften der Republik und der bewußten Strategie, die SPD sowie freie und christliche Gewerkschaften politisch zu neutralisieren und gegebenenfalls sogar organisatorisch zu zertümmern.

Auf diesem Hintergrund ging der Sturz Brüning nicht vom Reichstag und schon gar nicht von der SPD aus, gestürzt wurde Brüning vielmehr vom Reichspräsidenten von Hindenburg und den Interessengruppen, die auf ihn auf dem Wege über seine Umgebung, nicht zuletzt auf dem Wege über seinen Sohn Oskar von Hindenburg, immer stärkeren Einfluß gewannen. Dabei drängte Hindenburg auch deshalb auf die Entlassung Brüning, weil er es als schwer erträglich empfand, daß er im April 1932 mit den Stimmen der SPD wiedergewählt worden war. Außerstande, das staatspolitische Verantwortungsbewußtsein der SPD zu würdigen, strebte er ihre politische Eliminierung an. Brüning's Sturz und Ersetzung durch den sozialreaktionären Franz von Papen entsprang nicht zuletzt dem erklärten Bedürfnis, die sozialdemokratische Politik der Tolerierung zu beenden. Erneut sind Ausschaltung des demokratischen Sozialismus und Übergang zur Diktatur in einem Zusammenhang zu sehen.

Angesichts der innenpolitischen Kräfteverhältnisse war es eine unabwiesbare Konsequenz der gegen den sozialen Kompromiß gerichteten Politik der Weimarer bürgerlichen Rechten, mit Hitler und der NSDAP zusammenzugehen. Dies ist auf der kommunalen Ebene seit 1927 in den die NSDAP einschließenden Bürgerblock-Kabinetten, beispielsweise in Thüringen und Braunschweig, klar sichtbar geworden. Sie hatten stets die parlamentarische Isolierung der SPD zum Zweck. Ebenfalls darf nicht übersehen werden, daß die Bereitwilligkeit der vom Hugenberg-Konzern beherrschten Presse, für die NSDAP mehr oder weniger direkt zu werben, den Aufstieg zur Massenbewegung mit ermöglicht hat; zudem hat die KPD durch ihre Politik der NSDAP in die Hände gearbeitet.

Dies alles sollte Herr Strauß bedenken, bevor er sich erneut zum Ende der Weimarer Demokratie äußert. Und er sollte nicht polemisch nach Splintern im Auge der SPD suchen und dabei die Balken im Auge der damaligen Gegner der SPD übersehen.

Natürlich gibt es Lehren aus Weimar. Eine Lehre besagt, daß Versuche, die Sozialdemokratie parlamentarisch herabzuqualifizieren - die Stich- und Schlagworte liefert Herr Strauß beinahe im Übermaß -, nicht als Beiträge zur Festigung der zweiten deutschen Demokratie anzusehen sind, und übrigens auch nicht als Beiträge zur Förderung des sozialen Kompromisses.

(-/23.11.1982/ks/ca)

+ + +



Für ein Verbot der Neutronenwaffe

Bundesregierung soll in Vollversammlung der Vereinten Nationen für Verbot stimmen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Der politische Hauptausschuß der UNO-Vollversammlung hat sich jetzt für ein weltweites Verbot der Neutronenwaffe ausgesprochen. Bei der nun anstehenden Abstimmung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen fordert die SPD die Bundesregierung auf, für das Verbot der Neutronenwaffe zu stimmen. Das Abstimmverhalten der Bundesregierung wird ein Test sein für ihre Bereitschaft zu praktischer Rüstungskontrolle.

Ein weltweites Verbot der Neutronenwaffe durch die Vereinten Nationen liegt auf der Linie der SPD, die die weltweite Ächtung gefordert hat beziehungsweise einen internationalen Vertrag zum allseitigen Verzicht auf die Herstellung solcher Waffen. Damit könnte verhindert werden, daß

- bei einem weiteren nuklearen Waffensystem eine neue Rüstungswettlaufrunde eingeleitet wird,
- die sicherheitspolitische Lage instabiler wird, weil ein Waffensystem eingeführt würde, das die atomare Einsatzschwelle senkt und einen Nuklearkrieg führbar machen würde.

Gerade die Bundesrepublik muß ein zwingendes Interesse an einem definitiven Verbot der Neutronenwaffe haben, denn unser Land wäre potentieller Einsatzbereich dieser Waffen. Wir können davon ausgehen, daß die Entscheidung des US-Präsidenten Reagan vom Sommer 1981 für den Bau der Neutronenwaffe auch die Sowjetunion dazu provoziert hat, die Entwicklung der Neutronenwaffe voranzutreiben. Es liegt im höchsten nationalen Interesse Gesamtdeutschlands, eine Einführung dieses Waffensystems in Ost und West zu verhindern. Die Neutronenwaffe weist auf die dringende Notwendigkeit hin, mit Rüstungskontrolle bereits zu beginnen, bevor ein Waffensystem auf beiden Seiten eingeführt wurde.

Deshalb ist die Abstimmung in der UN-Vollversammlung eine Chance, die genutzt werden muß. Wir appellieren an die Bundesregierung, diese Chance zu nutzen und auf alle Bündnispartner in der NATO und insbesondere die Regierung der Vereinigten Staaten und Frankreichs aufzufordern, ebenfalls für ein solches Verbot zu stimmen - und sich dann auch daran zu halten.

Die Empfehlung des Hauptausschusses der Vereinten Nationen ist weitsichtig, und sie sollte nicht durch kurzichtiges Verhalten torpediert werden. Wer die Chance für ein weltweites Verbot der Neutronenwaffe nicht nutzt, der macht sich schuldig an weiterem, die Instabilität förderndem Wettrüsten. (-/23.11.1982/ks/ca)

* * *

Vermünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Herausforderung des Friedens

US-Bischöfe geben Gewissensorientierung und beeinflussen die politische Diskussion

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand

Auch wenn die Militärdoktrinen im Westen und - selbstverständlich - im Osten auf moraltheologische Reflexionen keinen Bezug mehr nehmen, sind doch viele derjenigen, die in ihren politischen und militärischen Positionen Entscheidungen über Krieg und Frieden - richtiger zur Kriegsverhütung - zu treffen haben, weithin noch geprägt durch die "Lehre vom gerechten Krieg", wie sie über lange Jahrhunderte hindurch insbesondere in der Morallehre der katholischen Kirche sich herausgebildet hat. Die gewiß im Katholizismus immer wieder zu beobachtende Neigung, einmal kodifizierte Erkenntnisse als endgültige zu betrachten und sie sowie die ihnen zugrunde liegenden Verhältnisse zu "konservieren", ist freilich immer ein Mißverständnis gewesen.

Diesem Mißverständnis mögen lange Zeit auch die Katholiken der Vereinigten Staaten aufgesessen sein, bei denen noch hinzukam, daß sie - überwiegend ethnischen Einwanderergruppen aus armen Ländern zugehörig - als Minderheit gelegentlich ein Übersoll an Militär-Patriotismus geleistet haben, um so ihre nationale Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen.

Es ist gesagt worden, daß die Lehre vom Krieg "sich entwickelt" hat - in unseren Tagen wird sie nun gerade von den Bischöfen der über 50 Millionen Katholiken der USA - einem Viertel der Bevölkerung - unter den neuen Bedingungen und Verhältnissen der nuklearen Vernichtungspotentiale in einer Weise weiterentwickelt, von der man nur hoffen kann, daß die Verantwortlichen überall in der Welt sie mit- und nachvollziehen.

Unter dem Titel "Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort" berät die Bischofskonferenz der USA derzeit den Entwurf eines Hirtenbriefes, der nicht nur zur Gewissensorientierung der Gläubigen gedacht ist, der vielmehr die politische Diskussion im Lande maßgeblich beeinflussen soll.

Ausgegangen wird von der Erkenntnis, daß die nationalstaatliche Souveränität als Fähigkeit, das Territorium und die Bevölkerung einer Nation militärisch zu schützen, durch die Nuklearwaffen aufgehoben worden ist. Nunmehr sei es der erklärte Zweck der Waffen, nicht benutzt zu werden - wobei die Theorie der Abschreckung von Drohungen "lebt", die - würden sie verwirklicht - den Selbstmord bedeuteten. "Das politische Paradoxon der nuklearen Abschreckung hat unsere moralischen Werte überbeansprucht: Darf eine Nation androhen, was sie niemals tun darf?"

Und weiter: "Wir können uns keine Situation vorstellen, in welcher die vorsätzliche Entfesselung eines Atomkriegs - wie begrenzt auch immer - moralisch zu rechtfertigen wäre"; die Möglichkeit der Begrenzung eines Atomkriegs wird zudem in Frage gestellt. "Als Volk müssen wir uns weigern, den Gedanken eines Atomkriegs für legitim zu halten". Gewisse Aspekte der amerikanischen und der sowjetischen Strategie versägen zudem schon vor den Kriterien der herkömmlichen Lehre vom gerechten Krieg.



Das Dokument soll hier nicht umfangreich referiert und kommentiert werden: Man wird sich insbesondere erarbeiten müssen, was zu den Kriterien für die moralische Bewertung einzelner Elemente der Abschreckungsstrategie gesagt ist. Die Ergebnisse sind festzuhalten:

- "Wir sind gegen neue Waffen, die wahrscheinlich zum Angriff einladen und darum dem Gedanken Vorschub leisten, die Vereinigten Staaten strebten eine Erstschlagskapazität an"
- "Wir sind gegen die Bereitschaft, eine strategische Planung zu unterstützen, die einen Atomkrieg führbar zu machen versucht"
- "Wir sind gegen Vorschläge, die im Endeffekt die Atomschwelle senken und den Unterschied zwischen nuklearen und konventionellen Waffen verwischen könnten".

Hier will sich nun niemand hinter der Autorität amerikanischer katholischer Bischöfe verstecken: Auch bei jedem SPD-Parteitag wird über die militärtechnischen und im engeren Sinne politischen Bezüge hinaus um die sittliche Verantwortbarkeit der nuklear-militärischen Komponente der äußeren Sicherheit gerungen: Im Münchner Parteitagebeschluss zur Weiterentwicklung sozialdemokratischer Sicherheitspolitik finden sich in etwa dieselben Positionen und Überlegungen, deren Unterstützung die amerikanischen Bischöfe empfehlen. Die konservativen Unionsparteien mögen sehen, wie sie da weiterhin mit ihrer gegen die SPD gerichteten Antiamerikanismus-Kampagne zurecht kommen wollen.

Für unsere Situation hier in der Bundesrepublik Deutschland kann aus dem Hirtenbrief der US-Bischöfe Bestätigung für die Friedens- und Sicherheitspolitik gewonnen werden, die die SPD in München beschlossen hat. Die Genfer Abrüstungsverhandlungen benötigen längere Zeit als ursprünglich vorgesehen: Ein vom Ausgang der Verhandlungen unabhängiges Kalenderdatum der Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen in Europa - einen Automatismus der Stationierung - darf es nicht geben. Die Position der Übergangsregierung Kohl ist da nicht die unsere - und ganz gewiß auch nicht die der katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten von Amerika. (-/23.11.1982/ks/ca)

+ + +



CDU will Rechte der Bürger beschneiden

Die Einschränkung des Rechtsweges leistet der Staatsverdrossenheit Vorschub

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umweltpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Absicht der unionsregierten Länder, bei Klagen gegen Großprojekte den Rechtsweg auf zwei Instanzen zu verkürzen, stellt eine unerträgliche Beschneidung der Rechte der betroffenen Bürger dar. Der unter der Federführung Baden-Württembergs im Bundesrat mit diesem Ziel eingebrachte Gesetzentwurf ist daher aufs Schärfste abzulehnen.

Großprojekte wie Kraftwerke, Autobahnen und Flughafenausbauten sind in hohem Maße umweltrelevante Planungen, von denen in der Regel eine Vielzahl von Bürgern direkt und indirekt betroffen werden. Die Erfahrung lehrt, daß bei solchen Vorhaben stets ein enges Zusammenwirken von interessierter Lobby und Administration vorliegt, lange bevor der Bürger überhaupt die Möglichkeit hat, sich zu äußern. Ihm nun auch noch durch die Ausschaltung der Verwaltungsgerichte die volle Ausschöpfung des Rechtsweges wegzunehmen, verstärkt seine Ohnmacht gegenüber Verwaltung und Technokratie und leistet der Staatsverdrossenheit Vorschub. Demgegenüber hat sich die sozialliberale Bundesregierung bemüht, die Bürgerbeteiligung schon im Planungsprozeß zu erweitern; das wird nun radikal zurückgedreht.

Besonders pikant ist es, daß die Initiative ausgerechnet von Baden-Württemberg ausgeht, das sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt anschickt, das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Flughafens Stuttgart einzuleiten, mit dem eine Startbahnverlängerung um 1.380 Meter und die Verlegung der Bundesautobahn gegen den Widerstand von Gemeinden und Bürgern durchgesetzt werden soll. Auch bei anderen Projekten wie den Kernkraftwerken Wyhl und Neckarwestheim II hat sich die Stuttgarter Landesregierung stets zur Fürsprecherin großtechnischer Planungen gegen den Willen der Bürger gemacht.

(-/23.11.1982/hi/ca)

+ + +



Wohnen ohne Zukunft?
-----**Wohnungspolitik und Verstädterung als Herausforderung der Dritten Welt**

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seit der Veröffentlichung des Berichts der Nord-Süd-Kommission im Frühjahr 1980, so hat Willy Brandt im Vorwort zu einer späteren Buchausgabe geschrieben, "haben sich etliche meiner Warnungen schneller erfüllt als selbst Pessimisten angenommen hatten". Eine der Ursachen dieser Entwicklung, die rasante Zunahme der Bevölkerung, hat die Problemlage in den Ländern der Dritten Welt immens verschärft und Anlaß gegeben für Zukunftsprojektionen, die Hoffnungslosigkeit widerspiegeln. Die Zunahme der Verstädterung und das Anwachsen der Wohnungsnot sind signifikant für diese Entwicklung.

Die städtische Bevölkerung hat im letzten Jahrzehnt in nahezu allen Entwicklungsländern schneller zugenommen als die Gesamtbevölkerung. Die Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung war dabei doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung; setzt sich dieser Trend fort, so wird sich die städtische Bevölkerung in der Dritten Welt, die heute rund eine Milliarde oder ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer beträgt, bis zum Jahr 2000 etwa verdoppelt haben.

Die Zunahme der Verstädterung in der Dritten Welt ist atemberaubend. 1950 hatte in den Entwicklungsländern und Schwellenstaaten nur Buenos Aires mehr als vier Millionen Einwohner, 1980 gab es bereits 23 Städte solcher Größenordnung gegenüber 15 in den Industrieländern. Im Jahre 2000, so der Entwicklungsbericht der Weltbank, werden etwa 40 Städte in Entwicklungsländern über fünf Millionen Einwohner zählen, 18 davon mehr als zehn Millionen. Während heute lediglich in einzelnen Städten die Mehrheit der Bewohner in Slums und Spontansiedlungen haust, wird im Jahr 2000 fast die Hälfte der städtischen Bevölkerung der Entwicklungsländer in Elendsvierteln leben.

Dies gilt gerade auch für die Multimillionenstädte Lateinamerikas. In den siebziger Jahren sind zum Beispiel Mexiko-Stadt (heute 17 Millionen) jährlich um cirka eine Million und Sao Paulo (heute 13 Millionen) um über eine halbe Million Einwohner gewachsen. Beide Städte haben seit 1950 ihre Bevölkerungszahl vervierfacht. In Brasilien wird befürchtet, daß die beiden Riesenstädte Rio und Sao Paulo (Distanz rund 380 Kilometer) zu einer "Konzentration" von etwa 45 Millionen Einwohnern zusammenwachsen. In diesen Städten können die elementaren Grundbedürfnisse der Bewohner wie Wohnen, Versorgung und Entsorgung immer weniger befriedigt werden, ganz zu schweigen von der Unvollkommenheit der sozialen Infrastruktur wie Gesundheits- und Schulwesen oder etwa Verkehrseinrichtungen. Der innerstädtische Verkehr ist in vielen Orten bereits heute nur noch mühsam aufrechtzuerhalten, die Kosten steigen überproportional bei rückläufigen Leistungen. Am Beispiel der Stadt Mexiko-City haben die Planer dies illustriert: Die Fortschreibung der Statistik weist aus, daß die Stadt im Jahre 2000 zwischen 31 und 50 Millionen Einwohner zählen wird. Die Zahl der Kraftfahrzeuge wird sich bereits bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf vier Millionen verdoppelt haben, die Durchschnitts"geschwindigkeit" im Straßenverkehr wird sich im selben Zeitraum von zwanzig auf ganze acht Stundenkilometer reduziert haben. Das totale Chaos ist absehbar. Die wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit dieser Städte ist aufs höchste gefährdet. Sie werden kaum mehr in der Lage sein, ihre Aufgaben als Entwicklungspole sowie als Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Bildungszentren erfüllen zu können.

Die Länder der Dritten Welt versuchen, diese Probleme mit schnell steigendem Aufwand zu bewältigen. Allein auf den Bau neuen Wohnraumes, ohne Instandhaltung und Infrastruktur, entfallen nach Angaben der Weltbank in den Entwicklungsländern etwa zwanzig Prozent der gesamten volkswirtschaftlichen Nettoinvestitionen. Dennoch wurden bislang in den meisten Ländern nur punktuelle Erfolge erreicht, die Probleme steigen schneller als die zu ihrer Lösung bereitgestellten Mittel. Die mit Fragen des Planens, Bauens und Wohnens befaßte UN-Organisation HABITAT geht davon aus, daß in der Dritten



Weit durchschnittlich weniger als 180 Wohneinheiten für jeweils 1.000 Menschen zur Verfügung stehen. In Westeuropa kommen durchschnittlich 350 Wohnungen auf je 1.000 Einwohner, in Ballungszentren der Bundesrepublik, etwa in Berlin, mehr als 500 Wohnungen. Der Wohnungsmangel der Industriestaaten nimmt sich bescheiden aus gegen die Wohnungsprobleme der Entwicklungsländer, und wenn derzeit weltweit der Wohnungsbedarf auf rund eine Milliarde Einheiten geschätzt wird, so ist damit hauptsächlich das Wohnungselend der Dritten Welt beschrieben.

Der Wohnungsbau hat sowohl quantitativ wie auch im Hinblick auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Armen in der Dritten Welt mit dem tatsächlichen notwendigen Bedarf nicht annähernd Schritt halten können. Die Konsequenz ist ein Wuchern jener Elendssiedlungen innerhalb der Städte oder an deren Randzonen, die ohne jegliche Planung oder gar behördliche Genehmigung entstehen und derzeit etwa ein Drittel der Stadtbevölkerung der Dritten Welt beherbergen. Dieser Prozeß verstärkt sich permanent, hervorgerufen durch das schnelle Eigenwachstum der städtischen Bevölkerung und den starken Zustrom aus den ländlichen Regionen. So strömen heute in die Slums mancher Millionenstädte der Dritten Welt tagtäglich mehr als tausend Zuwanderer aus den ländlichen Gebieten, während gleichzeitig wegen der Explosion der Grundstückspreise, durch die Folgen von Spekulation und Wucher immer mehr Menschen an den Stadtrand gedrängt werden und wegen ihrer minimalen Einkommen schließlich ebenfalls als Slumbewohner enden. Bereits 1976 hat die HABITAT-Konferenz festgestellt, daß bis zu zwei Drittel der städtischen Bevölkerung nicht in der Lage sind, die Miete selbst für das billigste Wohnungsangebot aufzubringen.

Es wundert daher nicht, wenn alle staatliche Programme für den Bau billiger Wohnungen den gewaltigen Strömen in die Elendsviertel hoffnungslos hinterherhinken, die sich nicht allein durch eine mangelhafte infrastrukturelle Versorgung auszeichnen, sondern den Bewohnern auch noch das Risiko auferlegen, bei passender Gelegenheit durch Bodenspekulanten oder Maßnahmen der Stadtplaner vertrieben zu werden und im nächsten Elendsviertel zu landen. Es ist abzusehen, daß die Elendsquartiere in Slum- und Squattergebieten auf Jahrzehnte hinaus die Wohn- und Lebensform für einen Großteil der städtischen Bevölkerung der Dritten Welt und somit eine Hauptlebensform der Zukunft darstellen werden.

Unvermeidliches Schicksal, Versagen der Entwicklungshilfe, Versagen der Politik in den Ländern der Dritten Welt? Die Ursachen dieser Entwicklung sind nicht unbekannt. Die Kluft zwischen Arm und Reich in den Entwicklungsländern vergrößert sich ständig, die einseitige Förderung der Industrialisierung angesichts des hohen Bevölkerungswachstums bringt, wenn überhaupt, nur bescheidene Arbeitsplatzzuwächse. Niedrige Bezahlung, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Lage; die Prognosen für die kommenden Jahrzehnte signalisieren eine zunehmende Verschlechterung dieser Rahmendaten.

Einen weiteren entscheidenden Ursachenkomplex für Verstädterung und Wohnungsnot bilden die Lebensverhältnisse in den ländlichen Regionen der Dritten Welt, wo sich die Lage der Bevölkerung mit dem Einzug kapitalistischer Wirtschaftsformen kaum verbessert hat. Die Konzentration des Grundeigentums in den Händen einiger Weniger verhindert, daß der Agrarsektor einen größeren Teil des ländlichen Proletariats absorbiert. Also bleiben Millionen von Kleinbauern und Landarbeitern ohne ausreichende Existenzgrundlage, drängen in die Städte und verstärken somit das städtische Proletariat in den Elendsquartieren. Die völlig unzureichende Infrastruktur in den ländlichen Regionen verstärkt die Landflucht. Hinzu tritt in vielen Entwicklungsländern eine Stadt- und Regionalplanung, die sich oft genug an den Interessen privilegierter Gruppen ausrichtet. Landverkäufe in Entwicklungsländern werden zwischen Spekulanten abgeschlossen und nicht zwischen Spekulant und Siedler. Der Siedler in einem Elendsquartier steht somit vor einem Dilemma: Baut er sich eine Behausung am Rande der Stadt, dann siedelt er auf fremden Grund und bricht das Gesetz. Achtet er aber das Gesetz, ist er ohne Bleibe.

Fehlentwicklungen in Ländern der Dritten Welt können durch unreflektierte Übertragung westlicher Technologien und Produktionsformen noch verschärft werden. Ein Beispiel aus dem Bereich des Wohnungsbaus: In einem lateinamerikanischen Land wird eine moderne Ziegelei mit teurem Gerät zur Produktion von Bausteinen eingerichtet. Für den Exporteur ist diese "Entwicklungshilfe" ein gutes Geschäft. Im Land selbst werden dadurch viele kleine Ziegelhersteller ausgeschaltet. Zahlreiche Arbeitsplätze gehen verloren. Die industrielle Herstellung der Bausteine erfordert ein Mehrfaches an Energieaufwand.



Die Steine verteuern sich erheblich mit der Folge, daß sich viele Familien den Hausbau nicht mehr leisten können.

Diese Art von technischem "Fortschritt" geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Statt dessen müssen möglichst billige und ressourcensparende Methoden der Wohnungsverorgung gefunden werden. Ein internationales Symposium in Brasilien hat jedoch gezeigt, daß die Industrieländer hierfür noch keine adäquaten Lösungen anbieten können. Entwicklungspolitische Konsequenzen liegen auf der Hand. In der Vergangenheit lag der Schwerpunkt der deutschen bilateralen Hilfe bei Darlehen für den Ausbau der städtischen Infrastruktur, wie etwa der Versorgung mit Wasser und Energie. Inzwischen konzentrieren wir uns mehr und mehr auf die Unterstützung des Planungs- und Durchführungprozesses in den Partnerländern. Entscheidende entwicklungspolitische Aufgabe ist es dabei, die Selbsthilfefähigkeit der Unterprivilegierten anzuerkennen und zu unterstützen. Dies geht nicht ohne Komplikationen, denn die Bereitschaft zur Selbsthilfe und aktiver Mitarbeit an Projekten wird durch politische Repression oft genug verhindert oder zunichte gemacht. Partizipation als Teilnahme am politischen Beratungs- und Entscheidungsprozeß wird von den Regierungen in Ländern der Dritten Welt oft genug unterdrückt, weil sie davon ausgehen, eine Demokratisierung des Entwicklungsprozesses erzeuge Unordnung und Ineffizienz. Das Gegenteil ist indessen der Fall, wie eine Reihe von Musterbeispielen beweisen.

Entwicklungsorientierten Selbsthilfeprojekten in städtischen Elendsquartieren stehen allzu oft Hindernisse entgegen, die es zu überwinden gilt: Ein repressives politisches Klima, Rechtsunsicherheit und Bürokratismus. Eine wesentliche Aufgabe ist es, die Besitz- und Eigentumsverhältnisse bei Wohnungsbauprojekten bereits in der Planungsphase zu klären. Die Besitztitel müssen dabei, wie das Projekt "Palo Alto" in Mexico-City in den siebziger Jahren demonstriert hat, tatsächlich übergehen, um zu vermeiden, daß ein Wechsel im Landbesitz automatisch mit einer Vertreibung der Siedler verbunden ist. Der sichere Besitz eines Landtitels ist eine entscheidende materielle Bedingung für Eigeninitiative. Mitbestimmung und Selbsthilfe sind dann wesentlich für den Projekterfolg. Jede Entwicklungshilfe, die sich als Hilfe zur Selbsthilfe versteht, wird darauf angelegt sein müssen, solche Entwicklungsprozesse zu fördern und politische und administrative Vorbehalte gegenüber der Partizipation der Betroffenen abzubauen. Die Überwindung solcher Vorbehalte und Barrieren erfordert dabei Organisationsformen der Siedler, die nicht unbedingt an Genossenschaftsmodellen westeuropäischer Prägung ausgerichtet sein, sondern die jeweiligen örtlichen Verhältnisse berücksichtigen sollten.

(-/23.11.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

